

Europa krepelt Fischereipolitik um

Versehentlich gefangene Fische dürfen nicht mehr zurück ins Meer geworfen werden. Das Europaparlament will noch strengere Vorschriften.

VON HANNA VAUCHELLE

BRÜSSEL – Die Strapazen der letzten Nacht sind Ilse Aigner ins Gesicht geschrieben. Als sich die EU-Agrarminister gegen fünf Uhr früh einigen, gehen 14 Stunden Dauerverhandlungen zu Ende. „Die Einigung stand bis zum Schluss auf der Kippe und drohte mehrfach zu scheitern“, sagte Aigner am frühen Mittwochmorgen in Brüssel. Tatsächlich trauten sich die Minister an ein besonders heißes Eisen: Der europäischen Fischfangflotte ist es künftig verboten, versehentlich gefangenen Fisch einfach wieder ins Meer zu werfen. Es ist eine Kehrtwende der bisherigen EU-Fischereipolitik.

Ob Makrele, Thunfisch oder Rotbarsch: Um viele Bestände in europäischen Gewässern ist es schlecht bestellt. Nach Angaben der EU-Kommission sind drei Viertel davon überfischt, ein Drittel befindet sich in besorgniserregendem Zustand. Die Umweltorganisation WWF kommt in einer Studie gar zu dem Ergebnis, dass in den vergangenen zehn Jahren sechs Millionen Tonnen Fisch zusätzlich zur von Wissenschaftlern empfohlenen Menge aus den europäischen Meeren geholt wurden. Es sind die traurigen



Beim Kampf gegen die Überfischung soll künftig ein Verbot helfen, versehentlich gefangenen Fisch wieder zurück ins Wasser zu werfen.

FOTO: INGO WAGNER/DPA

Folgen der bisherigen Fischereipolitik. Doch diese soll sich nun ändern: ein Element ist das Rückwurfverbot von Beifang. Dieses soll bis 2019 in allen europäischen Meeren gelten. Trotzdem wollen die Agrarminister auch Ausnahmen gelten lassen. Sieben Prozent aller versehentlich gefangenen Fische sollen weiterhin ins Meer zurückgeworfen werden dürfen. Die Praxis ist bei Tieren üblich, die nicht verkäuflich sind. Da die meisten zurückgeworfenen Fische tot oder verletzt sind, fordern Tierschützer seit langem schon ein komplettes Verbot.

Geht es nach dem Willen des Europaparlamentes, gibt es dazu keine Alternative. Bereits vor einigen Wochen hatten sich die Abgeordneten

für ein Kompletterbot ausgesprochen. Dass die Mitgliedsstaaten nun Ausnahmen von bis zu sieben Prozent zulassen wollen, stieß prompt auf Kritik: „Mir fehlt die Phantasie dazu, das noch als Rückwurfverbot bezeichnen zu können“, ärgerte sich die für das Dossier zuständige SPD-Abgeordnete Ulrike Rodust. Diesen Punkt werde das Europaparlament so nicht akzeptieren. Die Mitgliedsstaaten hätten dem Druck aus Ländern wie Frankreich und Spanien nachgegeben, kritisierte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Rebecca Harms. Die beiden Staaten sind traditionell die einflussreichsten Fischerei-Nationen Europas. In den gestrigen Verhandlungen konnten Paris und Madrid durchsetzen, dass

sich ihre Mittelmeer-Fischer erst ab 2017 bzw. 2019 an das Verbot halten müssen. Selbst die EU-Kommission hat sich, so scheint es, ein anderes Ergebnis gewünscht. „Unser Vorschlag war ehrgeiziger“, sagte EU-Fischerei-Kommissarin Maria Damanaki. Um Europas Fangflotten den Übergang zu erleichtern, stellte die Kommission EU-Mittel aus dem künftigen Fischereifonds in Aussicht. Damit könnte die Industrie beispielsweise in neue, fanggenauere Netze investieren. In einem nächsten Schritt werden nun Vertreter von Europaparlament, Kommission und Mitgliedsstaaten versuchen, eine gemeinsame Position zu finden. Gelingt dies, könnte die Reform Anfang 2014 in Kraft treten.

Beifang

Die Fischindustrie verschwendet laut WWF jedes Jahr Millionen Tonnen Meereslebewesen. Schätzungen zufolge gehen dem Ökosystem weltweit fast 38 Millionen Tonnen Meerestiere oder etwa 40 Prozent des jährlichen Weltfischfangs auf diese Weise verloren. Verantwortlich sind auch die Fangmethoden. So kommen etwa beim Schollenfang in Ost- und Nordsee Schleppnetze, die sich durch den Meeresboden graben, zum Einsatz. Dabei werden ungewollt Krebse, Muscheln und Jungfische. Umweltschützer fordern deshalb den Einsatz „schlauer Netze“. Dies sind beispielsweise Netze mit Fluchtfenstern oder anders geformte Haken. (hv)